

Fundamentalistischer islamistischer Terror und die westliche Globalisierung

Ursachenforschung zum 11. September 2001

von Christian Noack, Darmstadt

Dienstag, 11. September 2001: Am Anfang stand die Fassungslosigkeit. Dann kam die Bestürzung über das Geschick Tausender von Menschen und die gefühlsmäßige Identifikation mit den Opfern, die ein furchtbares Schicksal erlitten hatten. Ich stellte mir vor, selbst im 102. Stock gewesen zu sein oder in einem der Flugzeuge, die zu mörderischen Cruise Missiles umfunktioniert wurden. In meiner Schule, dem Schulzentrum Marienhöhe, stellten wir den Schülern und Mitarbeitern ab Mittwoch einen Gedenkraum zur Verfügung. Am Donnerstag in der 1. Schulstunde fand ein Gebetsgottesdienst statt. Es war mir und vielen anderen ein Bedürfnis, unserer Betroffenen und Anteilnahme im gemeinsamen Gebet zu Gott Ausdruck zu geben.

Politisch war schnell eine Reaktion gefunden: Amerika und die NATO haben dem weltweiten „Terrorismus“ den Kampf angesagt. Sie benutzen damit ein Schlagwort, das jede Vergeltung erlaubt, aber nichts erklärt. Das Wort „Terror“ faßt nur das Entsetzen derer in Worte, die sich mit den unschuldigen Opfern identifizieren. Zugleich ermächtigt es die Staatsführer, Menschen und Waffen in Bewegung zu setzen, um die Urheber des Terrors dingfest zu machen. Und wer wollte nicht an der Seite Amerikas stehen, um den Terrorismus zu verurteilen und zu bekämpfen?

Ich habe in den zurückliegenden Wochen mit großer Aufmerksamkeit Artikel in unterschiedlichen Tageszeitungen und Wochenmagazinen gelesen, um das erschütternde Geschehen am 11. September zu begreifen. Fast jeder Artikel revidiert meine bisherigen Urteile oder fügt ihnen eine weitere Nuance hinzu. Aber eines ist klar. Das Geschehen ist nur zu begreifen, wenn viele Faktoren berücksichtigt werden. Ich greife einige Faktoren auf, die in jedem Fall gesehen werden müssen, und die mir zur Zeit am gewichtigsten erscheinen:

1. Fundamentalismus: Der islamische Fundamentalismus, aus dessen Milieus der Terrorismus entstammt, ist nicht einzigartig. Er ist eine Spielart fundamentalistischer Welterschließung, die in unzähligen sozialen Milieus (religiösen, politischen, wirtschaftlichen, künstlerischen) zu finden ist. Fundamentalismus selbst besteht aus einem Ensemble von stereotypen Beobachtungsperspektiven: die Welt wird dualistisch in Gut und Böse unterteilt. Die gute Überzeugung und Lebensweise ist durch eine unfehlbare Offenbarung oder Philosophie als absolutes Fundament legitimiert. Die böse Welt kämpft mit aller Macht gegen das Gute. Die böse Welt wird von verschwörerischen Mächten geleitet (Satan und seine Helfer z.B. Weltjudentum, Jesuiten, Illuminaten, Wirtschaftsbosse, Freimaurer, CIA usw...). Jeder erfolgreiche Fundamentalismus verbindet eine Verschwörungstheorie mit der Verteufelung der Mächte, die man bekämpfen muß. Die Kampfmittel der Fundamentalismen können in körperlicher Hinsicht gewaltlosen Charakter haben (z.B. der Gebetskampf von Charismatikern, bei dem ganze Länder von dämonischer Belastung freigebetet werden sollen, verbale Bekämpfung der verführten Menschen), aber auch körperliche Gewaltmittel einschließen. So gibt es die brutale Ausgrenzung von Menschen, die zur „bösen Macht“ neigen. Andere suchen die Selbstvernichtung (Selbstmord oder Massenselbstmord), um von der bösen Welt erlöst zu werden, oder eben auch die Fremdvernichtung, also Tötung von Agenten der bösen Macht, zu denen letztlich alle gehören, die sich in der Einflußsphäre des Bösen befinden. Die Terroristen des 11. September haben in besonders brutaler Weise die ungeheure Kombination von Selbstvernichtung mit massenhafter Fremdvernichtung gewählt, die im übrigen nicht neu ist, sondern eine lange geschichtliche „Tradition“ hat. (Claudia Derichs erinnert in der FAZ an japanische atheistisch eingestellte linksradikale Rote Armee Kämpfer, die im Mai 1972 in Tel Aviv ein furchtbares Blutbad anrichteten, bei dem 26 Menschen umkamen, zwei der drei Attentäter ermordeten sich dabei selbst. Auch deutsche Terroristen haben nach einer gescheiterten Fremdvernichtung den Selbstmord gewählt – Stammheim 1977). Die Theoretiker eines Fundamentalismus sind oft Personen mit Hochschulbildung, die die kognitiven Fähigkeiten haben, eine einheitliche Weltsicht aufzubauen, diese mit einer konstruierten Verschwörungstheorie zu garnieren, die sich einen „wissenschaftlichen“ Anstrich gibt, und beides dann mit charismatischem Engagement missionarisch zu verbreiten. Abnehmer dieser Weltsicht sind dann Menschen, die die behauptete „Objektivität“ weder wissenschaftlich noch kritisch überprüfen können. Oder aber es sind Menschen, die – wie die studierten Terroristen – von einer radikal dualistischen Weltsicht fasziniert sind, der sie sich hingebungsvoll ausliefern können, um ihrer Existenz einen Sinn zu geben. Kritik wird im Fundamentalismus völlig nach außen gerichtet, eine Selbstkritik ist nicht möglich. Was an Selbstkritik und Selbstreflexion fehlt, wird massivst auf die „böse Welt“ projiziert, die so sehr kritisiert wird, daß an ihr nichts Erhaltenswertes mehr übrig bleibt. Die böse Welt ist auch nicht mehr zu retten, sie kann nur zerstört werden, entweder durch Gott oder durch Menschen, die im Dienste der wahren Macht stehen (Zeloten, Gotteskrieger, Erwählte). Apokalyptische Dramaturgie bestimmt das Erleben dieser Fundamentalisten. Alles steuert auf den Punkt der Vernichtung der bösen Welt zu, aus deren Katastrophe die wahre gereinigte Welt ersteht. Politisch harmlos sind Fundamentalisten nur so lange, wie sie allein in weltanschaulichen (religiösen) Versammlungen und Ritualen die kommende Katastrophe durchventilieren. Gemeingefährlich wird der Fundamentalismus, wenn er zum militärisch agierenden katastrophischen Terrorismus wird, der Gottes letzten Krieg gegen die unheilbar sündige und verlorene Welt führt. Der Fundamentalismus wird damit totalitär, weil er einen absoluten, unbedingten Ausschließlichkeitsanspruch gesellschaftsweit durchsetzen will. Gängige politische oder

religiöse Handlungsmuster sind außer Kraft gesetzt, Religion und Politik verbinden sich zu einer explosiven Mischung, weil an die Stelle des Gerichtshandeln Gottes, die von seinen Erwählten gemachte Katastrophe tritt, die mit terroristischen Mitteln inszeniert wird.

2. Die Globalisierung, „die in Wahrheit eine Amerikanisierung der Wirtschaft ist“ (Klaus-Dieter Frankenberger, FAZ 22.9.), schrieb in den letzten 11 Jahren seit 1990 eine ungeheure Erfolgsgeschichte, die sich nicht zuletzt im Boom der Börsenmärkte manifestierte. Die meisten westlichen Länder und deren Bürger wurden in den 90er Jahren trotz mancher innenpolitischer Verwerfungszonen zu Globalisierungsgewinnern. Erster Sieger war ohne Zweifel Amerika, symbolisiert durch die monumentale Skyline New Yorks. Was treibt nun seit den 70er Jahren Moslems dazu, sich islamistischen Parteien anzuschließen, einen radikalen, fundamentalistischen Glauben anzunehmen, und als Hauptfeind Amerika, die westliche Welt, auszumachen? Warum lehnen sie die Werte des Westens ab: Demokratie, Religionsfreiheit, Redefreiheit, Meinungspluralismus? Weil sie die dunklen Seiten der Globalisierung am eigenen Leib oder am Leib derer verspürt haben, mit denen sie sich identifizieren. Der Neid der Zurückgebliebenen angesichts der Verzweiflung, es selbst nicht zu schaffen, keinen Anteil zu haben am westlichen Reichtum, bildet einen guten Nährboden für radikale Positionen. Den enttäuschten und gekränkten Globalisierungsverlierern bietet der Fundamentalismus ein genial einfaches verschwörungstheoretisches Feindbild an: Der Westen (die „Kreuzfahrer“ und die „Juden“) sei an allem Unglück der islamischen Welt schuld. Der fundamentalistische Islamismus ist daher als Reaktion auf die auf halbem Wege gescheiterte Modernisierung der meisten islamischen Staaten (Ausnahmen: Türkei und Tunesien) zu interpretieren. Wie hoch der tatsächliche Anteil des Westens mit seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem an diesem Scheitern ist, ist gleichwohl schwer auszumachen. Dennoch: die strukturelle Gewalt, die der Kapitalismus durch seine amoralische Gewinnlogik erzeugt, darf nicht unterschlagen werden. Die von guten Beratern geschriebene Rede Bushs, die er eine Woche nach den Anschlägen vor den beiden Kammern der USA hielt (Senat und Kongress) hatte ihren blinden Fleck im Verdecken von Amerikas Wirtschaftsgebaren, das von Bush zu „harte(r) Arbeit, Kreativität, Unternehmergeist“ verharmlost wurde. Der westliche Kapitalismus reduzierte die Dritte Welt zu „nützlichen Produktionszonen“, Rohstofflieferanten, Billiglohnländern, an sozialen Standards und Rechtssicherheit der Arbeiterinnen und Arbeitern zeigen sich die Global Players nicht interessiert und sind nur auf Druck von Menschenrechtsorganisationen handlungsbereit. Die Politik hat den Unternehmen freien Lauf gelassen und ihnen den Boden eilfertig bereitet.

Peter Fuchs hat in der taz („Der Terror der Gesellschaft“) auf ein weiteres Phänomen der Globalisierung hingewiesen, das noch grundsätzlicher als eine Kritik des globalen Kapitalismus ansetzt. Kommunikative Formbildungen („Ordnungen“) können bejaht, aber auch abgelehnt werden. Beide Entscheidungen, Bejahung oder Ablehnung, können nun auch moralisch legitimiert werden. Die universalste Formgebung menschlicher Kommunikation, die Ordnung der Weltgesellschaft, kann bejaht, aber auch verneint werden. Die heutige Weltgesellschaft produziert neben ihren Erfolgen und Werten („Menschenrechte“) auch so viel Mißerfolg, Scheitern und Zurückbleiben, daß diese vom Westen her geprägte „Weltordnung“ grundsätzlich abgelehnt wird, paradoxerweise mit den Mitteln der Weltgesellschaft. Der globale Terrorismus in seiner islamischen Variante ist das provokative Nein! zur Welt, wie sie ist. Dieses mögliche Nein! wird die globalisierte Welt so lange begleiten, wie sie ist, was sie ist, also wahrscheinlich noch sehr lange.

3. Von grundsätzlichen soziologischen Beobachtungen nun zu konkreten historischen Entwicklungen. Die europäischen Nationen (in vorderster Reihe England und Frankreich) – und seit 1945 die USA als militärische Weltmacht – betrieben im 20. Jahrhundert eine oft machiavellistisch geprägte globale Interessenpolitik, die in erster Linie auf Sicherung militärischer und wirtschaftlicher Einflußsphären aus war (aus diesem Grund ist Osama Bin Laden ein Ziehkind des US-amerikanischen CIA), und erst in zweiter Linie Modernisierung und Demokratisierung in Afrika oder auch im Vorderen Orient förderte. So kam es immer wieder zu politischen Bündnissen mit autokratischen oder militaristischen Diktaturen (u.a. Saudi-Arabien, Algerien, Irak). „Über Jahrzehnte“, so schreibt Micha Brumlik in der taz, „hat der Westen die eigenen Verheißungen mit Füßen getreten – beginnend mit der Aufteilung der arabischen Territorien des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg über den Suezkrieg bis hin zur Unterstützung der diktatorischen FNL gegen die demokratisch gewählte islamistische Mehrheit in Algerien.“ Der Westen hat damit seine eigene Werteordnung vor den Augen der arabischen Massen verspielt. Nachdem auch sozialistische Ideale seit den 70er Jahren an Attraktivität verloren, erwuchs im Islamismus eine neue politisch-religiöse Kraft in der islamischen Welt, die ihre Werte ganz aus einer fundamentalistischen Lesart des Korans bezieht und als echte Alternative zu den Werten westlicher Gesellschaften empfunden wird.

4. Der Islamismus macht sich dabei eine Idealvorstellung von Staat und Gesellschaft zunutze, die im Kernbereich des Islam verwurzelt ist: die Idee des „Gottesstaates“. Im Gottesstaat dient die Politik (mit dem „Kalifen“ an der Spitze des Staates) der wahren Religion und die Religion (mit den obersten Gesetzeslehrern an der Spitze) legt die Grund- und Rechtsordnung des Staates vom Koran her fest. In der Geschichte des Islam ist allerdings zu beobachten, daß die Kalifen in ihren Einflußsphären oft eine eher liberale, staatliche und religiöse Pflichten unterscheidende Politik betrieben, die manchen konservativen Gesetzeslehrern zu „lasch“ war. Der Wahhabismus, eine wichtige Inspirationsquelle für den islamischen Fundamentalismus, betreibt seit dem 18. Jh. in Auseinandersetzung mit den eher liberalen Sultanen des osmanischen Reiches eine Islamisierung islamischer Gesellschaften, die heute in besonders „puritanischer“ Form bei den Taliban zu sehen ist. Eine Unterscheidung oder Trennung von Staat und Religion, wie sie sich in den USA und

Europa im 18. Jh. entwickelt hat, konnte sich bisher nur in der ataturkischen Türkei durchsetzen, während konservative Moslems in den meisten arabischen Ländern genau diese Differenzierung von Gesellschaft und Religion nicht unterscheiden wollen oder können. Religion soll auf alle Gesellschaftsbereiche durchgreifen können und diese müssen wiederum auf die wahre Religion, die Hingabe an Allah ausgerichtet sein. Der „Gottesstaat“, also das Gemeinwesen, das sich von Gottes Recht her ordnet und führen läßt, ist für die Islamisten die einzige wahrhaft legitime Form von Gesellschaftsordnung. Die Staaten der „Ungläubigen“ haben daher, streng gesehen, keine Legitimation. Es ist die Aufgabe und Pflicht des „Heiligen Krieges“, immer mehr Menschen in den wahrhaft befriedeten Bereich des Gottesstaates einzugliedern. Unklar unter Moslems ist, ob der Heilige Krieg allein mit Worten und Überzeugungskraft oder auch mit Gewaltmitteln geführt werden darf. Gewaltmittel dürfen in jedem Fall dann eingesetzt werden, wenn muslimisches Territorium verteidigt werden muß.

5. Für Islamisten ist der Verteidigungsfall seit der Gründung des Staates Israel gegeben. Das moderne Israel, ein zionistisches Projekt des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das aufgrund des furchtbaren Holocaust nach 1945 tatsächlich mit Hilfe des Westens politisch verwirklicht werden konnte, ist aus der Sicht des Islam eine Besatzungsmacht, die arabisches Territorium usurpiert und hunderttausende palästinensische Araber auf menschenunwürdige Weise zu Flüchtlingen gemacht hat. Das aus der Sicht der Juden uralte Recht auf eine Heimat in Palästina kann von traditionalistischen Moslems nicht gesehen werden. So besteht zwischen Israelis und Palästinensern ein sogenannter unlösbarer Konflikt. In panislamischen Geist sehen die Islamisten die Existenz Israels als Skandal an, der ihnen das Recht zum Heiligen Krieg gegen Israel gibt. Wenn dieser Krieg von den bestehenden muslimischen Regierungen nicht oder nicht mehr geführt wird – Jordanien, Syrien, Ägypten und der Irak haben sich zwischen 1948 und 1991 an Israel die Finger verbrannt – dann müssen eben nichtstaatliche militante Gruppen diesen Krieg führen. Aus dieser Logik heraus handelt u.a. Bin Laden, der sowohl Anschläge gegen die saudiarabische Führung, gegen Israel und gegen „den Westen“ führt. Die USA sind aus seiner Sicht nicht nur schuldig an der Entmachtung der Palästinenser (da ja die Regierung der USA – so die Verschwörungstheorie – von Juden gesteuert wird), sondern auch an der Besetzung arabischen Territoriums durch die Militärpräsenz in Saudi-Arabien und im persischen Golf. Aus der Perspektive der Terroristen befinden sich diese in einem Verteidigungskrieg des wahren Glaubens gegen satanisch gesteuerte gottlose Mächte (Kreuzfahrer und Juden), was ihnen das Recht gibt, auch auf Feindesland Krieg zu führen mit Mitteln, die vom Gegner als „Terror“ interpretiert werden.

Wenn diese Rekonstruktion einiger wichtiger Ursachen stimmt, dann ist eine angemessene Reaktion auf die Terroranschläge extrem kompliziert und schwierig. Warum? 1. Mit Fundamentalisten kann man nicht reden, jedes Gegenargument produziert eine nur noch komplexere und noch immunisiertere Verschwörungstheorie. 2. Das fundamentalistische Nein zur Welt, wie sie ist, ist als Möglichkeit nie auszuschließen, weil diese radikale Verweigerung immer wieder Menschen fasziniert. 3. Die Werte des Westens erschließen sich nur dann als Werte, wenn man ihren Segen kennt und schätzen lernt. Dies geht aber nur, wie das Beispiel Deutschland nach 1945 zeigt, durch learning by doing und etwas Glück („Wirtschaftswunder“). Außerdem erschließen sich diese Werte nur durch Teilhabe an komplexen Bildungsprozessen, an deren Ende eine unwiderrufliche Akzeptanz und Wertschätzung der pluriformen (polykontexturalen) Gestalt menschlicher Wirklichkeit steht und genau diese Vielfalt als zu verteidigender Wert angesehen wird. 4. Im Koran ist die Möglichkeit zur Trennung oder Differenzierung von Politik und Religion kaum angelegt. Nur eine historisierende relativierende Selbstbeschreibung (wie sie der ägyptische Theologe Ali Abdarraziq schon 1925 in einem Buch mit dem Titel *Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft* vorgelegt hat) könnte islamische Gelehrte dazu führen, das Paradigma der Einheit von Staat und Religion kritisch zu hinterfragen und demokratische Vorstellungen in den Glauben an Allah einzuführen (Gelehrte, die dies getan haben, sind bis heute Ausnahmen). 5. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist auf absehbare Zeit kaum wirklich zu schlichten, weil die Bedeutung religiöser Sinngebung politischer Auseinandersetzung eher noch zunehmen als abnehmen wird, sowohl auf Seiten Israels (Orthodoxe, Ultraorthodoxe) als auch auf der Seite der Palästinenser (Hammas, Dschihad u.a.).

Wie also soll der Westen angesichts dieser ernüchternden Bestandsaufnahme reagieren? Der Westen darf sich das Schema des Endkampfes zwischen Gut und Böse nicht aufdrängen lassen. Er muß genau diese Unterscheidung unterlaufen! Fatal wäre die Bekämpfung des brutalstmöglichen Terrorismus mit dessen eigener Logik, indem der Kampf gegen ihn zu einem Kampf zwischen Gut und Böse stilisiert wird. Die westliche Zivilisation ist nicht „das Gute“ und die Werte der Terroristen nicht „das Böse“. Die Terroristen sind gerade nicht das Böse schlechthin, sondern irregeleitete Idealisten, die zu perversen, kriminellen Mitteln greifen, aber aus ihrer Sicht ja gerade auch für das Gute kämpfen. Im politischen Bereich geht es aber nach westlichem Verständnis nicht um Gut und Böse, sondern um das Wohlergehen möglichst aller Einwohner in einer befriedeten bürgerlichen Gesellschaft. Der Westen (und mit ihm alle „zivilisierten“ Staaten, zu denen natürlich auch islamische Staaten gehören) ist dazu fähig, politische und religiöse Antwort zu differenzieren. Es wäre fahrlässig, politisches Handeln in fundamentalistischer Weise religiös zu überhöhen, was Bush zunächst leider unterlaufen ist, als er von einem „Kreuzzug“ gegen die Terroristen sprach. Diese Bezeichnung wie auch die Namensgebung „Infinite Justice“ für die Militäraktionen der USA wurden zwar bald zurückgenommen. Sie offenbarten, daß es eine mächtige Zivilreligion in den USA gibt, der auch Bush anhängt, nach der sich die USA als Gottes erwähltes Land verstehen und eine oft nur leicht verdeckte Heilsbringermentalität vor sich her tragen. Von dieser problematischen religiösen Tendenz amerikanischer Politik ist die Besinnung auf die eigentlichen Werte, die den Westen tragen, zu unterscheiden. Zu diesen

gehören der Respekt für das Individuum, die Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen oder politischen Haltungen, der Respekt vor der Freiheit der Gedanken als unabdingbare Grundlage für Kreativität. Diese Werte haben einen spirituellen Hintergrund. Vom Gebet des amerikanischen Präsidenten ist – wie Hermann Lübke zurecht feststellt (FAZ, 2. Okt. 2001) – zu lernen, daß die westliche Wertegemeinschaft sich dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs verdankt. Die Trennung von Staat und Kirche im neuzeitlichen Westen ist zumindest in den USA nicht antireligiös gemeint, sondern beruht gerade auf dem Anliegen biblischer Texte, sowohl dem Staat als auch einer dominierenden Kirche religiöse Allmacht zu entziehen. Jan Ross (Die Zeit 40/2001) klärt auf: „Jesu Satz ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist‘ hat sich zu einer Grundformel des Abendlandes entwickelt. Von hier stammt die Unterscheidung von geistlicher und weltlicher Sphäre, von Kirche und Staat, die in der europäischen, in der „westlichen“ Geschichte allenthalben anzutreffen ist. Der mittelalterliche Dualismus von Papst und Kaiser, Luthers Zwei-Reiche-Lehre, die liberale Errungenschaft der Glaubens- und Gewissensfreiheit in einer weltanschaulich neutralen Rechtsordnung - das alles sind Variationen über dieses Thema aus dem Neuen Testament.“ Der biblische Glaube hat eine offensichtlich antitotalitäre und antifundamentalistische Grundform. Diese Einsicht hat auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes dazu bewogen, sich auf Gott als kritische Letztinstanz gegenüber allem menschlichen Handeln zu beziehen: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat das Deutsche Volk ... dieses Grundgesetz ... beschlossen.“

Zu den westlichen Werten, die sich der Kritik Gottes am Menschen verdanken (der Mensch als Sünder, Erlösung durch Jesus Christus), gehört auch die Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstdistanzierung. Wenn im Westen Intellektuelle, selbst amerikanische, nach dem 11. September auch auf die provokativen Schattenseiten der eigenen Kultur hinweisen (Tendenz zur Maßlosigkeit, Konsum„religion“, Dominanzverhalten, Siegermentalität, unmoralisches Verhalten des CIA – siehe „Die Woche“ vom 28. Sept. S. 7 – und der westlichen Waffenindustrie), dann darf das nicht als Antiamerikanismus interpretiert werden. Es wäre ein Selbstwiderspruch gegenüber den eigenen Werten, wenn eine moralische Selbstkritik genau jetzt nicht mehr erlaubt wäre. Ich bleibe ein Freund Amerikas, auch wenn ich problematische Seiten erkenne und thematisiere. Genau diese differenzierende Sichtweise ist ein fundamentaler Wert westlicher Kultur. Religion wird in der jetzigen Situation das Geschehen nicht apokalyptisieren, sondern wird Politiker dazu ermutigen, daß die Politik mit politischen (und d.h. auch mit militärischen) Mitteln möglichst zielgenau die terroristischen Milieus, die seit Jahren Attentate planen und schon länger erfolgreich durchführen (der 11. September war nur das spektakulärste und von den Todesopfern das bisher schlimmste), aufspürt und unschädlich macht, vor allem Täter möglichst lebend vor Gerichte stellt. Verurteilt werden darf vor Gericht allein das, was an der Tat kriminell ist, der bewußt geplante und in vollem Bewußtsein verantwortete Mord an Tausenden von unschuldigen Menschen. Nicht die Gesinnung, sondern allein die absichtlich geplante und begangene böse Tat wird vor westlichen Gerichten gewichtet und mit dem entsprechenden Strafmaß versehen. Denn genau das ist die Aufgabe von Politik: sich um die Wohlfahrt und Rechtssicherheit der Bürger zu kümmern, indem Kriminelle hinter Gittern gesperrt werden. Da Terror kein politisches Mittel ist, kann er nur als kriminelle Tat beurteilt werden. Den Adelsschlag einer politischen Tat darf der Terror in keiner Weise bekommen (in dem Sinn, daß die Terroristen ja auf der Seite der Unterdrückten dieser Welt kämpfen würden).

Die Religion kann die Politik außerdem dazu ermutigen, eine Gerechtigkeit zu üben, die mit Barmherzigkeit verbunden ist. Christlich handeln heißt, Böses mit Gutem zu vergelten. So sollte Afghanistan bombardiert werden – mit Carepaketen und Mitteln zum Überleben. Darum ist es völlig richtig, daß die UNO Hilfslieferungen in dieses zerstörte Land organisiert. Christliche Organisationen (u.a. ADRA) werden nachziehen, sobald das faschistoide Talibanregime entmachtet ist. Gleichzeitig müssen Tendenzen im Islam, Religion und Politik zu unterscheiden, gefördert werden, also z.B. das laizistische Modell Atatürks in der Türkei. Das, was einstmals „Entwicklungshilfe“ genannt wurde, muß in neuer Form revitalisiert werden: wie können die verarmten, ungebildeten, sozial deklassierten Massen, die für den Fundamentalismus anfällig sind, so gefördert werden, daß größere bürgerliche Milieus entstehen, die innerweltliche Hoffnung haben (positives Beispiel: Tunesien)? Wie muß der Westen auf die Regierungen dieser Länder zugehen, damit sie den wirtschaftlichen Take-Off schaffen und den Wohlstand ihrer Bürger tatsächlich fördern können? Möglicherweise gehört es zu den zukünftigen Aufgaben der Weltpolitik, despotische, terrorunterstützende Regimes zu stürzen und durch repräsentative Regierungen zu ersetzen, die unter UNO-Aufsicht stehen. Dies müssen Regierungen sein, die Kernmerkmale der Zivilisation – Grundrechte und Freiheit – respektieren und Bürgersinn fördern. Kurzfristige strategische oder wirtschaftliche Interessen, die mit korrupten, menschenrechtsverachtenden Regimes paktieren, dürfen in Zukunft nicht mehr dominieren. Die Demokratisierung der noch nicht voll modernisierten Länder muß ein Hauptanliegen der Weltinnenpolitik werden, die als Ordnungspolitik (Joschka Fischer) zu verstehen ist. Auch Adventisten können mit ihrem Anliegen „Gewissen und Freiheit“ ihren Beitrag dazu leisten. In vielen Ländern können sie sich aktiv an der Demokratisierung beteiligen, die für alle Freikirchen die Bedingung ihrer Existenz ist. Adventisten können lernen, daß sie – ein Kind der USA des 19. Jahrhunderts – im Dienst des Evangeliums in politischer Hinsicht engagierte Demokraten sind. In ihren weltweiten Bildungseinrichtungen sollte dies ein zentrales Anliegen werden.

Adventistischer Glaube weiß aber auch, daß es keine neue Weltordnung geben wird, die durch Menschen gemacht ist. Die alte Welt bleibt die alte Welt. Darum ist es die zentrale Aufgabe der Gemeinde, Menschen

zu Zeugen der Liebe und Barmherzigkeit Gottes zu machen. Das Evangelium macht frei von überzogenen Erwartungen an das Leben in unserer Welt. Gläubige werden in allen Lebensbereichen Mäßigung praktizieren. Maßvoll handeln heißt für die Wirtschaft „soziale Marktwirtschaft“, heißt für die Politik „repräsentative Demokratie“, heißt für das Recht „Achtung der Menschenwürde“, heißt für die Wissenschaft „vorläufige Hypothesenbildung“ oder für die Religion „allein die Liebe wird bleiben“. Nur die Liebe, also die Selbstverwirklichung durch Förderung der Selbstverwirklichung anderer, darf im Glauben ohne Maß gelebt werden, sonst nichts, weil anders die Religion zum letztlich menschenverachtenden Fundamentalismus degeneriert.

© 2001 Adventistischer Wissenschaftlicher Arbeitskreis e.V.
Weiterverbreitung nur mit Genehmigung des AWA